

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ulla Schmidt (Aachen), Dr. Rolf Mützenich, Sigmund Ehrmann, Rainer Arnold, Klaus Barthel, Klaus Brandner, Edelgard Bulmahn, Ulla Burchardt, Martin Dörmann, Dr. h. c. Gernot Erler, Petra Ernstberger, Dagmar Freitag, Iris Gleicke, Günter Gloser, Lars Klingbeil, Hans-Ulrich Klose, Angelika Krüger-Leißner, Ute Kumpf, Christine Lambrecht, Petra Merkel (Berlin), Dietmar Nietan, Thomas Oppermann, Johannes Pflug, Peer Steinbrück, Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Franz Thönnies, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Uta Zapf, Brigitte Zypries, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

zu der Beratung der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Ulla Schmidt (Aachen), Rainer Arnold, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksachen 17/9839, 17/11981 –

Paradigmenwechsel im Konzept zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik des Auswärtigen Amtes vom September 2011

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das positive Bild eines weltoffenen Deutschlands in der Welt zu vermitteln, Vertrauen zu fördern, Freundschaften zu pflegen und Freunde zu gewinnen sind wichtige Aufgaben der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP). Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist ein offener Austauschprozess für die Freiheit, Emanzipation und Entwicklung von ärmeren Ländern, für die Krisenprävention und -bewältigung. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist eine tragende Säule der Außenpolitik. Initiativen der Bundesregierung unter Dr. Frank-Walter Steinmeier wie die Reform des Goethe-Instituts in den Jahren 2006 bis 2009, die Partnerschulinitiative (PASCH) 2008 und die Außenwissenschaftsinitiative 2009 wirken nachhaltig. In dieser Zeit wurden die Außenbildungspolitik dauerhaft gestärkt, die Transformationsgesellschaften in Osteuropa unterstützt und die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik an die Bedingungen der Globalisierung angepasst.

Im September 2011 hat das Auswärtige Amt sein Konzeptpapier zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik vorgestellt. Dabei geht es dem Auswärtigen Amt explizit um eine Neuausrichtung: Das Konzept definiert die AKBP als cultural diplomacy und versteht damit die AKBP als repräsentatives Instrument im Dienst der Diplomatie. Anstatt über die regelmäßigen und enormen Anpassungen in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik an historische Ereignisse

und gesellschaftliche Entwicklungen Bilanz zu ziehen, wird im Konzept behauptet, dass die AKBP noch zu sehr den Strukturen der Nachkriegszeit verhaftet sei und daher den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden müsse.

Mit keinem Wort werden Reformen wie die Strukturreform des Goethe-Instituts oder die Neuausrichtungen der letzten 20 Jahre in Europa – nach dem Fall des eisernen Vorhangs – oder die Anpassung an Ereignisse und Entwicklungen nach dem 11. September 2001 genannt. Wünschenswert wäre es eigentlich gewesen, dass Bilanz gezogen und danach gefragt wird, ob alle Instrumente richtig eingesetzt werden und nach welchen Zielen und Aufgaben der AKBP diese auszurichten sind. Das Engagement der Bundesregierung für die AKBP wird nicht aus sich selbst heraus, nicht um der Förderung des kulturellen Austauschs willen begründet, sondern einzig und allein mit geostrategischen, -politischen und ökonomischen Zusammenhängen begründet. Zudem wird die Rolle der AKBP auch nach innen als ein Fenster mit dem Blick der Welt auf Deutschland vernachlässigt. Damit wird ein sehr verkürztes Bild der Bedeutung und auch der Möglichkeiten der AKBP gezeichnet.

Die geplante Anpassung des Netzes kultureller Auslandspräsenzen ist in diesem Zusammenhang sehr genau zu beobachten: Wo sich kulturelle Beziehungen bereits in hoher Dichte ausgebildet haben, könne laut Konzeptpapier die staatliche Förderung stärker auf lokale, zivilgesellschaftliche oder privatwirtschaftliche Trägerstrukturen verlagert werden. Zudem sollen „Ungleichgewichte“ und „Schieflagen“ in der regionalen Verteilung von Ressourcen und Präsenzen behoben bzw. beseitigt werden. Gefordert wird ein flexibler Einsatz der Ressourcen oder die Neuausrichtung der regionalen Präsenz des Goethe-Instituts. Der immer wieder zu prüfende und an regionalen Veränderungen anzupassende Einsatz von Ressourcen darf allerdings nicht allein quantitativ begründet werden. Qualitative, kultur- und bildungspolitische Gründe sollten maßgeblich dafür sein, in welcher Region der Welt sich Deutschland in welcher Form in der AKBP engagiert. Zudem muss die bewährte Unabhängigkeit der Mittlerorganisationen wie des Goethe-Instituts durch Programme des Auswärtigen Amts erhalten bleiben und sollte nicht, wie im Konzeptpapier angedeutet, durch eine enge Widmung von Haushaltsmitteln eingeschränkt werden.

Auch der Bildungsbegriff des Konzeptes ist verkürzt. Er ist einseitig auf Qualifikation und Fachkräftebedarf ausgerichtet. Dabei ist Bildung der Schlüssel zur Stärkung der Identität, für die Emanzipation ärmerer Ländern, für das interkulturelle Verstehen. Bildung trägt zu einem erfolgreichen Dialog auf Augenhöhe bei. Initiativen zur Stärkung der kulturellen Bildung wie das Programm „Kultur und Entwicklung“ des Goethe-Instituts tragen dazu bei, mittels Kunst und Kultur Raum für Werte- und Zielverständigung einer Gesellschaft zu geben und damit ihre Zukunftsfähigkeit, die Ausprägung einer eigenen Identität und die Entwicklung von Wissens- und Bildungsgesellschaften zu fördern. Das Konzept wiederum bezeichnet zwar richtig, aber verkürzt Wissen und Bildung als „die wichtigsten Ressourcen für den langfristigen Erfolg in der globalisierten Welt“ (S. 12). Die Bildungszusammenarbeit sieht es vor allem unter dem Aspekt des demografischen Wandels in Deutschland. Dass gute Bildungspolitik Friedenspolitik ist, tritt in den Hintergrund.

Das Konzept stellt fest, dass im Auslandsschulwesen aufgrund der stark steigenden Kosten Anpassungen notwendig werden. Es zählt dazu eine Reihe von konzeptionellen Punkten auf, die geändert bzw. erzielt werden sollen, zum Beispiel die Nutzung privatwirtschaftlicher Elemente oder mehr Eigenverantwortung von Schulen bei der Anstellung von Lehrkräften und beim Mitteleinsatz. Planungssicherheit und Transparenz für die Auslandsschulen kommen in dem Konzept nicht vor.

Eine gemeinsame europäische Außenkulturpolitik ist ein politisches Vorhaben, das unter anderem auf der europäischen Kulturagenda von 2007 beruht. Hierzu liegt eine Entschließung des Europäischen Parlaments vor. Eine gemeinsame europäische Außen- und Kulturpolitik wirkt nach außen, aber auch nach innen und kann den europäischen Zusammenhalt stärken. In seinem Konzept bezieht sich das Auswärtige Amt im Zusammenhang mit europäischer Außen- und Bildungspolitik explizit auf erwünschte Synergien aus gemeinsamen europäischen Programmen und auf den globalen Wettbewerb der Ideen und Kulturen. Die Bedeutung einer gemeinsamen europäischen Außen- und Kulturpolitik für eine europäische Identität – die Einheit in Vielfalt – wird nicht erwähnt. Die im Beschluss des Europäischen Parlaments aufgezeigten Perspektiven für eine gemeinsame europäische Außenkulturpolitik beispielsweise im Hinblick auf die Entwicklung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) werden nicht berücksichtigt. Es wird nicht deutlich, welche Vorstellungen die Bundesregierung davon hat, sich bei der Formulierung einer gemeinsamen europäischen Kulturpolitik nach innen und außen einzubringen.

Die internationale Sportförderung findet im Konzeptpapier des Auswärtigen Amtes von 2011 keine Erwähnung. Dabei trifft die Aussage „Sport spricht alle Sprachen“ den Nagel auf den Kopf. Sport verbindet und überwindet soziale, sprachliche oder kulturelle Barrieren. Er hilft, nachhaltige Netzwerke aufzubauen. Nach wie vor erfordert es einen unverhältnismäßig hohen Aufwand für die Träger, die bewilligten Mittel für die internationale Sportförderung abzurufen. Wenn man diese bürokratischen Hürden auf ein Mindestmaß reduzieren würde, hätte dies unter anderem den zu begrüßenden Nebeneffekt, dass weitere Ressourcen für die Umsetzung von Projekten frei würden.

Die im Konzeptpapier postulierte intensivere Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien und die angestrebte Stärkung der deutschen medialen Präsenz im Ausland wird lediglich als Option beschrieben und nicht durch konkrete Vorhaben und Maßnahmen unterlegt. Dabei liegt darin – so wird richtigerweise analysiert – ein enormes Potenzial, gerade jüngere Zielgruppen in aufstrebenden Regionen zu erreichen und Beschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit in vielen Ländern zu umgehen. Nicht zuletzt verfügt Deutschland mit der Deutschen Welle über einen weltweit etablierten und als unabhängig und vertrauenswürdig anerkannten Auslandssender, der im zunehmend hart umkämpften globalen Wettbewerb um Meinungen und Informationen gestärkt werden muss.

Insgesamt verfestigt sich der Eindruck, dass die Bundesregierung in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik neue Prioritäten setzen will. Ziel ist es offenkundig nicht nur, ein positives Bild von Deutschland in der Welt und Europa zu präsentieren, sondern im Grunde genommen, die AKBP danach auszurichten, was Deutschland direkt wirtschaftlich nützt. Dieses Verständnis von AKBP greift bei weitem zu kurz. Darüber hinaus wurden die Rolle und die Expertise der Mittlerorganisationen und zivilgesellschaftlicher Akteure wie Stiftungen bei der Erarbeitung dieses Konzeptpapiers unzureichend berücksichtigt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. bei Programmen und Aktivitäten der AKBP von einem Grundverständnis der AKBP auszugehen, in dem es nicht allein um die Vermittlung von Werten geht, sondern um einen Wertedialog auf Augenhöhe und die AKBP nicht nur missionarisch als Sender auftritt, sondern auch Empfänger ist;
2. die Auslandspräsenzen in Osteuropa zu stärken, dabei nicht die nachhaltig wirkenden, bestehenden Präsenzen und Netzwerke in Westeuropa aufzugeben und kultur-, bildungs- und gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen mit zu berücksichtigen;

3. die europäische Auswärtige Kulturpolitik in der Weise mitzugestalten, dass sie zu einem lebendigen und ergebnisoffenen kulturellen Austausch innerhalb und außerhalb Europas beiträgt und nicht zu einem rein repräsentativen Instrument des Europäischen Auswärtigen Dienstes im Sinne einer cultural diplomacy verkommt;
4. die Außenbildungspolitik daran zu orientieren, wie Bildung und Ausbildung dazu beitragen können, dass ärmere Länder sich emanzipieren oder dass Postkonfliktregionen sich stabilisieren und weiterentwickeln und sie nicht wie im AKBP-Konzept des Auswärtigen Amtes vom September 2011 einseitig an den Bedarfen zu orientieren, die sich aus dem Fachkräftemangel in Deutschland ergeben,
 - a) indem die Förderung von Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener angemessen unterstützt wird;
 - b) indem die Bundesregierung in der AKBP spezifischere Angebote für bildungsferne und einkommensschwache Gruppen fördert und z. B. in den Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas die AKBP besser an die demografische Dynamik und die Nachfrage einer auf internationale Bildungsangebote angewiesenen jungen Bevölkerung anpasst;
 - c) indem die Bundesregierung die Mittlerinstitutionen der deutschen AKBP auffordert, neue regional angepasste webbasierte Bildungsangebote für die Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas zu entwickeln;
 - d) indem sie Programme der kulturellen Bildung in Ländern der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt;
5. die Unabhängigkeit der Deutschen Welle in ihrem Kultur- und Bildungsauftrag zu gewährleisten, deren Projekte und Programme weiterhin finanziell zu unterstützen;
6. Projekte und Maßnahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und den Kulturerhalt in Postkonfliktregionen wie z. B. in den Transformationsländern des Arabischen Frühlings nachhaltig zu fördern;
7. den Einsatz der bisherigen Transformationsmittel in den Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas zu evaluieren und alles daran zu setzen, den zeitnahen Mitteleinsatz zu gewährleisten und dafür die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen;
8. die erfolgreichen Projekte der Transformationspartnerschaft mit den Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas nach dem Auslaufen der bereitgestellten Gelder Ende 2013 in den Jahren ab 2014 weiter zu finanzieren;
9. ein eigenes Konzept der AKBP mit besserer Verzahnung von Bildungsmigration und zirkulärer Arbeitsmigration für die Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas zu entwickeln und eine finanzielle Ausstattung dafür bereitzustellen;
10. einen permanenten Fonds für den Einsatz von Mitteln der AKBP für die Reaktion auf Transformationssituationen weltweit einzurichten;
11. für die Förderung der deutschen Sprache in den Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas angemessene Finanzmittel bereitzustellen;
12. deutschsprachige technische und wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge an den Universitäten der Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas aufzubauen;

13. einen Gesetzentwurf für das Auslandsschulwesen vorzulegen, der
 - a) an der Gemeinwohlorientierung festhält und die Planungs- und Finanzierungssicherheit für alle Auslandsschulen gewährleistet;
 - b) die Förderung der 870 DSD-Schulen, also der Schulen, die zum Deutschen Sprachdiplom führen, einbezieht;
 - c) Voraussetzungen formuliert, unter denen auch kleinere Schulen oder Schulen, die sich erst im Aufbau befinden, eine gesetzliche Förderung erhalten können;
 - d) die Förderinstrumente jenseits der personellen und finanziellen Förderung, also die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte und das Pädagogische Qualitätsmanagement mit aufnimmt;
 - e) die Fortführung der Aufgabenwahrnehmung durch die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) als Abteilung des Bundesverwaltungsamtes (BVA) im Auslandsschulgesetz festschreibt;
14. mit den Ländern schnellstmöglich eine abschließende Klärung über die Übernahme der Versorgungskosten für die Auslandsdienstlehrkräfte (ADLK) und Bundesprogrammlehrkräfte (BPLK) herbeizuführen;
15. weiterhin zur Sicherung der nachhaltigen Qualität der Auslandsschulen und ihrer Konkurrenzfähigkeit auf eine angemessene Zahl und Qualifikation der Auslandslehrkräfte zu achten;
16. dem Prinzip der Gemeinwohlorientierung treu zu bleiben und auch Kindern aus einkommensschwachen Familien den Besuch von deutschen Auslandsschulen zu ermöglichen;
17. das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP einzulösen und Mittel aus dem Sonderprogramm der Bundesregierung für Bildung und Forschung seinem Zweck entsprechend auch zum Ausbau der auswärtigen Bildungspolitik zu Verfügung zu stellen;
18. sich dafür einzusetzen, dass diese Mittel auch tatsächlich zusätzlich investiert werden und nicht – wie seit Beginn der 17. Legislaturperiode – wiederholt zweckentfremdet werden, um Haushaltslöcher zu stopfen;
19. dafür zu sorgen, dass die Unsicherheit in der Mittelausstattung beendet wird, um Planbarkeit und Verlässlichkeit in zentralen Bereichen wie dem Auslandsschulwesen oder den Auslandstipendien zu erreichen;
20. sich dafür einzusetzen, dass ein besonderes Augenmerk auf den weiteren Ausbau der im Jahr 2008 ins Leben gerufenen Initiative „Schulen: Partner der Zukunft“ (PASCH) gelegt wird;
21. die Nachhaltigkeit der Sportprogramme durch Maßnahmen wie eine systematische und kontinuierliche Ausbildung von (Nachwuchs-)Auslandsexperten, die Einrichtung eines Alumni-Netzwerkes oder andere netzwerkbildende Projekte sicherzustellen;
22. die Mittel des Auswärtigen Amtes für die internationale Sportförderung mindestens auf den Stand von 2009 zu erhöhen;
23. die bürokratischen Hürden beim Abruf der bewilligten Mittel auf ein Mindestmaß zu reduzieren;
24. sicherzustellen, dass in der mittelfristigen Finanzplanung für den Etat des Auswärtigen Amtes konstant ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, die im Rahmen der Official Development Assistance (ODA) anrechenbar sind, damit Projekte und Maßnahmen nachhaltig und solide geplant und durchgeführt werden können;

25. dabei insbesondere sicherzustellen, dass auch nach 2013 ausreichend Mittel für die Transformationspartnerschaften Nordafrika/Nahost zu Verfügung stehen, um auf die Herausforderungen in der Region auch weiterhin angemessen reagieren zu können.

Berlin, den 19. März 2013

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

